

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Haushaltseinbringungen im Vorfeld von Wahlen sind immer mit besonderen Unwägbarkeiten verbunden. Denn gerne werden die Haushaltsentwürfe aus rein wahltaktischen Überlegungen abgelehnt, wie wir das unlängst am Beispiel unserer Nachbarkommune Ibbenbüren erfahren haben.

Ich kann Sie an dieser Stelle beruhigen: Das KommunalBündnis Recke wird diesem Haushalt zustimmen, finden sich doch an vielen Stellen wichtige Inhalte unserer politischen Arbeit aus den vergangenen Jahren umgesetzt. Doch dazu später. Kommen wir kurz auf die Eckpunkte des Haushaltes zu sprechen:

Wie der Bürgermeister bereits in seiner Einbringungsrede dargelegt hat, schließt der Ergebnisplan mit einem Defizit von rund 743 T€ ab. Der Haushalt ist somit wiederum strukturell unausgeglichen, daraus resultiert ein weiterer Werteverzehr in unserer Gemeinde, erkennbar am Rückgang der allg. Rücklage. Auch der Finanzplan weist ein Minus von 260 T€ aus, daraus ergibt sich ein weiterer Liquiditätsabfluss.

Die Ursachen sind allgemein bekannt. Da ist zum einen die chronische Unterfinanzierung der Kommunen durch den Bund und das Land. Trotz einiger Verbesserungen im Gemeindefinanzierungsgesetz erhalten wir mit gut 3,2 Mio. € immer noch deutlich weniger Schlüsselzuweisungen als noch im Jahr 2008. Da waren es ja noch über 2 Mio. € mehr. Hier bedarf es grundlegender Reformen.

Zum anderen wirken sich immer noch die Folgen der nicht auf Nachhaltigkeit angelegten Finanzpolitik der vergangenen Legislaturperioden in Recke aus. Allein aus den Verpflichtungen aus Zins- und Tilgungszahlungen entstehen der Gemeinde schon Belastungen in Höhe von fast 1,3 Mio. €.

Hinzu kommen die Zahlungen an die umlagefinanzierten Gebietskörperschaften wie den LWL und vor allem den Kreis. Zwar sinkt der Prozentsatz der Kreisumlage im Jahr 2014 leicht, absolut müssen wir aber aufgrund eines insgesamt gestiegenen Umlagevermögens 100 T€ mehr als Kreisumlage abführen. Hier schöpfen Landrat und Kreistag wohl auch angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen aus dem Vollen, zum Leidwesen der beteiligten Kommunen. Bereits seit Jahren fordern wir immer wieder einen strikteren Sparkurs des Kreises, leider ohne wirklich spürbaren Erfolg. Schließlich ist die Kreisumlage (inkl. Jugendamtumlage) mit 5,4 Mio. € immer noch der größte Einzelposten auf der Ausgabenseite im Gemeindehaushalt.

Insofern ist es nur folgerichtig, dass wir den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung weiter verfolgen und das Haushaltssicherungskonzept auf freiwilliger Basis fortführen.

Auch wenn die aktuellen Zahlen keinen Grund zur Euphorie liefern: Es sind doch Silberstreifen am Horizont zu erkennen. Denn die Defizite fallen deutlich geringer aus, als noch vor einigen Jahren geplant; sollten die angenommenen Rahmenbedingungen zutreffen, dann werden wir im Jahr 2017 erstmals wieder einen leichten Überschuss erzielen. Neben finanziellen Einmaleffekten und einer guten konjunkturellen Lage sind

hierfür auch die Bemühungen um Konsolidierung der vergangenen Legislaturperiode verantwortlich. Diese erfreuliche Entwicklung des Haushalts ist auch ein Ergebnis der besonderen Arbeitsweise und der produktiven Arbeitskultur hier im Rat und in den Gremien in den letzten fast 5 Jahren, nämlich dem „**Wettbewerb der besten Ideen für Recke**“.

Dabei ist positiv herauszustellen, dass dieser Wettbewerb für unsere Gemeinde oft fraktionsübergreifend und in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung stattgefunden hat.

Mit einer Fortführung der Politik früherer Jahre wäre unsere Gemeinde im Bereich der Haushaltskonsolidierung und bei gleichzeitiger Steigerung der Attraktivität Reckes, die wir in den letzten Jahren erreicht haben, weit hinter dem jetzigen Stand zurück geblieben.

Der Begriff „Recker Verhältnisse“ ist über unsere Gemeindegrenze hinweg ein Synonym für Intransparenz und Hinterzimmerpolitik. Mit den Folgen mussten und müssen wir immer noch leben: Eine angespannte Haushaltslage mit all ihren negativen Begleiterscheinungen wie Steuererhöhungen, Kürzungen von Zuschüssen oder gar der Nachtabschaltung.

Daher können wir auch nicht erkennen, dass „ein Rückfall in alte Zeiten ein Gewinn für Recke wäre.“ Allein schon der Begriff „Rückfall“ bedeutet laut Duden „das Zurückfallen in einen früheren, **schlechteren** Zustand“.

Es ist schon mehr als bedenklich, wenn der Ortsvorsitzende der CDU dieses als Ziel für Recke ausgibt.

Die GPA lobt in ihrem letzten Bericht ausdrücklich die Bemühungen von Rat und Verwaltung und erkennt an, dass Konsolidierungspotenziale unserer Kommune nahezu ausgeschöpft worden sind. Dabei wurden den Bürgern unserer Gemeinde Recke deutliche Belastungen auferlegt.

Daher begrüßen wir es sehr, dass mit der Einbringung des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2014 auf weitere Steuererhöhungen verzichtet wird, die Steuersätze also konstant bleiben.

Die Möglichkeit zu zusätzlichen Haushaltsentlastungen sehen wir - Sie werden sicherlich schon darauf warten - auf Seiten des Rates.

Obwohl der Rat bereits spürbare Konsolidierungsbeiträge geleistet hat, ist auch hier noch mehr möglich. Mit der Umstellung der monatlichen Pauschale zugunsten der Zahlung eines reduzierten monatlichen Pauschalbetrages zuzüglich eines Sitzungsgeldes ergibt sich ein zusätzliches Einsparpotenzial gegenüber dem aktuellen Stand von ca. 10000 €. Das entspricht einer durchschnittlichen Minderung der Aufwandsentschädigung von nicht einmal 30 € pro Ratsmitglied im Monat, also etwa 15 %. Allein dafür könnte man 2 $\frac{1}{2}$ Jahre die Nachtabschaltung am Wochenende aufheben!

Das KommunalBündnis beantragt eine Umstellung der Aufwandsentschädigung.

Weitere Chancen ergeben sich aus dem im letzten Jahr endlich vorgestellten Raumnutzungskonzept. Es wurden dort konkrete Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Jetzt gilt es, daraus Maßnahmen zu entwickeln. Herr Kellermeier, binden Sie den Rat frühzeitig und offen in ihre Überlegungen ein. Das KBR wird Entscheidungen, die auf einer sachlichen Grundlage basieren, auch dann mittragen, wenn sie unpopulär erscheinen mögen.

Investitionen

Als ein wesentliches Instrument der Haushaltskonsolidierung wollen wir auch weiterhin im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten selber als Wirtschaftsakteur auftreten. Damit meinen wir an dieser Stelle die Recker Anlagen- und Verpachtungs-GmbH, deren Tätigkeiten und Entwicklungen wir ausdrücklich unterstützen. Dazu zählt v. a. das sich derzeit in der Realisierungsphase befindliche Windkraftträd an der Kläranlage, dessen Inbetriebnahme noch im Jahr 2014 einen Kraftakt darstellt, dem sich die verantwortlichen Personen aber auch stellen.

Deshalb möchten wir an dieser Stelle dem Geschäftsführer der RAV Herrn Reiners und seinen Mitarbeitern ausdrücklich für die hervorragende Arbeit danken und Ihnen auch weiterhin unsere Unterstützung zusichern.

Auch in finanzieller Hinsicht stellen die über 3 Mio. € einen Kraftakt dar. Eine weitere Mio. € ist für eine mögliche Beteiligungen an den Windkraftanlagen in Espel bzw. im Grenzgebiet zu Hopsten - sofern sie denn kommen - eingeplant. Wie bei den bereits in den letzten Jahren umgesetzten Maßnahmen des Ausbaus der Fotovoltaikanlagen handelt es sich hierbei um „rentierliche“ Investitionen, was heißt, dass sich diese durch die zu erwartenden Erträge einerseits selber tragen, andererseits sogar noch Gewinne erwirtschaften, die dem Haushalt und damit der Entlastung der Bürger zugute kommen. Vergleichsweise gering fallen in diesem Jahr die Investitionen in Höhe von 10 T€ für die Beteiligung der Gemeinde Recke an der interkommunalen Gründung eines Stadtwerkes aus. Hier werden die Hauptinvestitionen erst in den nächsten Jahren folgen.

Wir unterstützten diese Projekte uneingeschränkt, sind sie doch Ergebnisse innovativer KBR-Anträge oder mit unseren Impulsen weiterentwickelt worden. Und wenn dann noch in hoffentlich absehbarer Zeit der günstige selber produzierte Ökostrom unsere Straßenlaternen leuchten lässt, wird man sich wahrscheinlich nur noch mit einem Lächeln an die schwarzen Nächte aus der Vergangenheit erinnern. Bleibt nur zu hoffen, dass unsere Bemühungen nicht durch den schwarz-roten Aktionismus aus Berlin auf der Zielgerade ausgebremst werden.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt liegt mit knapp 1,2 Mio. € beim Grunderwerb für neue Siedlungsgebiete. Bereits im letzten Jahr habe ich in unserer Haushaltsrede dafür geworben, eine behutsame und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Wohnbebauung in allen Ortsteilen zu vorzunehmen. Die von uns im Zuge der letzten Haushaltsberatungen beantragten Planungen zur Ausweisung eines Baugebietes in Steinbeck sind schon weit fortgeschritten. In Planung sind zudem noch die Baugebiete „Weidenweg“ und „Recke Nord“.

Ferner finden sich aufgrund unseres Antrages aus dem letzten Jahr 10 T€ für Planungskosten zur Neugestaltung des Schulhofes an der Overbergschule im Haushalt.

Ich habe es bereits zu Beginn gesagt: Dieser Haushalt spiegelt die erfolgreiche politische Arbeit der KBR-Fraktion wieder. Insofern blicken wir nicht verzweifelt - wie es der CDU-Vorsitzende unlängst im IVZ-Interview vermutete -, sondern selbstbewusst auf das Ergebnis unserer Ratsarbeit dieser Legislaturperiode.

Während die CDU auf der Suche nach politischer Identität tief in die Vergangenheit bis in die Ära Stroot/Rammes abtauchen muss, bringen wir Recke in der Gegenwart nach vorne und sorgen dafür, dass es auch für die Zukunft gerüstet ist.

Die oben angesprochenen Investitionen in die Wind- und Photovoltaikenergie führen nicht nur zu Haushaltsverbesserungen, sondern auch zu deutlichen CO₂-Einsparungen.

Eine weitere Maßnahme, die aus unserer Sicht sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll ist, ist eine Erneuerung der Heizungsanlage im Rathaus. Die über 25 Jahre alte Kohleheizung entspricht schon seit Jahren nicht mehr dem Stand der Technik und musste schon mehrfach repariert werden. Mit dem Auslaufen des heimischen Steinkohlebergbaus besteht aus unserer Sicht keine Notwendigkeit, weiter auf den Energieträger Kohle zu setzen. Am Standort wären viele Alternativen möglich, beispielsweise der Einsatz eines Biomasseheizwerkes, der Anschluss an das Nahwärmenetz der Biogasanlage oder der Betrieb eines moderneren BHKW, mit dem man neben der Wärme zusätzlich noch Strom erzeugen könnte. Diese Entscheidung muss wohl überlegt sein, wir sollten aber auch für den Fall gerüstet sein, dass in absehbarer Zeit eine Erneuerung nötig werden könnte.

Daher beantragt das KommunalBündnis Recke:

Die Verwaltung wird beauftragt, Optionen und einen Zeitplan für eine Erneuerung der Heizungsanlage auszuarbeiten und dem Rat vorzulegen.

Für den Schulbereich sind Investitionen in Höhe von über 62 T € veranschlagt. Notwendige Investitionen in unsere Schulen sind für uns eine Selbstverständlichkeit und ein wichtiger Baustein im Konzept zur Sicherung aller Schulstandorte in Recke-Steinbeck-Obersteinbeck.

Weitere Investitionen sind in absehbarer Zeit in den Feuerwehrstandort Recke zu tätigen. 20 T€ hat der Bürgermeister für eine „Struktur- und Entwicklungsstudie“ in den Haushalt eingestellt. Konkret soll mit dieser Studie zum einen ein zukunftsfähiger Standort gesucht werden, zum anderen geprüft werden, ob wir in Recke in Zukunft mit **nur einem** Standort auskommen.

Bezüglich der Standortsuche besteht auch aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf, ist doch schon seit Jahren bekannt, dass die Sanitär- Umkleide- und Schulungsräume im alten Gebäude nicht den heutigen Standards entsprechen. Ein entsprechender Standort muss möglichst zentral im Gemeindegebiet liegen und verkehrsmäßig gut erschlossen sein. Zudem sollte er Erweiterungsmöglichkeiten für die Zukunft bieten. Ein Blick auf die Karte der Gemeinde Recke zeigt, dass diese Anforderungen wohl in erster Linie im Bereich des Gewerbegebietes Wiesengrund/Umgehungsstraße vorzufinden sind. Wir sind der Meinung, dass eine

adäquate Standortentscheidung in enger Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Feuerwehr Recke, ggf. ergänzt durch Fachleute der Kreisfeuerwehr auch ohne ein kostspieliges Gutachten getroffen werden kann.

Das Hauptaugenmerk des Gutachtens liegt somit eindeutig darauf, Strukturveränderungen, im Klartext die Zusammenlegung der beiden Löschzüge, vorzubereiten. Der Bürgermeister verweist in seinen Statements darauf, dass solche Veränderungen in 1 - 2 Generationen greifen könnten. Heute schon ein Gutachten erstellen zu lassen, das den Anforderungen in 20 oder noch mehr Jahren gerecht werden soll, ist nichts als kostspielige Kaffeesatzleserei. Ein Gutachten ergäbe nur dann Sinn, wenn schon in absehbarer Zeit mit Strukturveränderungen angestrebt werden. Dann müsste der Bürgermeister das auch ehrlich so benennen.

Für die KBR-Fraktion stellt sich die Frage aktuell nicht, das heißt, dass wir an den beiden Standorten festhalten möchten. Die Gründe dafür sind vielfältig. Da ist zum einen der Sicherheitsaspekt, da es keinen Standort in der Gemeinde gibt, von dem aus die nach heutigen Qualitätskriterien gültige Vorgabe, acht Minuten nach der Alarmierung vor Ort zu sein, eingehalten werden kann.

Ein Blick auf die IKVS-Kennzahlen zeigt, dass wir bereits heute eine im Vergleich zu anderen Kommunen unserer Größenordnung kostengünstige Feuerwehr haben, die dabei aber noch eine überdurchschnittlich große Fläche absichert.

Ein weiterer Aspekt ist das vor einigen Jahren mit großem ehrenamtlichen Engagement sanierte und erweiterte Feuerwehrhaus in Steinbeck. Den Kameraden dort wäre ein Umzug verständlicherweise nicht zu vermitteln. Überhaupt gibt es in beiden Ortsteilen eine hohe Identifikation der Kameraden mit ihrem Löschzug. Daraus resultiert eine hohe Motivation innerhalb der Löschzüge. Diese sehen wir durch eine Standortdiskussion massiv gefährdet. Das Ziel des KBR ist es aber, Ehrenamt zu stärken und nicht zu behindern.

Aktuell wichtiger als ein Feuerwehrgutachten ist für uns eine Beschäftigung mit der Ortskernentwicklung. Die Spatzen pfeifen es schon länger von den Dächern, dass in absehbarer Zeit wieder großflächige Bauprojekte realisiert werden sollen.

Wir wollen endlich eine Abkehr der bislang üblichen Politik in Recke, nach der die Interessen der Investoren Priorität genießen und das Ortsbild auf der Strecke bleibt.

„Die CDU erkennt ein Problem, bespricht es in Fraktion und Rat, entscheidet sich und handelt“, war kürzlich in der Zeitung zu lesen. Die Ergebnisse dieser „Basta-Politik“ à la Gerhard Schröder haben zu einem Ortsbild geführt, das uns im Vergleich zu unseren Nachbarkommunen immer weiter zurückwirft. Eine gebürtige Reckerin, die heute im Rheinland lebt, aber noch regelmäßig nach Recke kommt, hat es neulich auf den Punkt gebracht: „Jedes Mal, wenn ich nach Recke komme, ist der Ort wieder hässlicher geworden“.

Dabei ist Recke mit seinen knapp 12000 Einwohnern und den Verbindungen zu den Nachbarkommunen auf niedersächsischer Seite ein interessanter Standort. Insofern sollten wir die weitere Entwicklung mit einem gewissen Selbstbewusstsein voranbringen. Baustellen gibt es aber trotzdem genug: Einerseits die immer noch ungeklärte Nachfolge im Bereich des jetzigen Edeka-Marktes und die Leerstände im Ortskern.

Andererseits können wir potentiellen Betreibern eines Drogeriemarktes bzw. eines Vollsortiment-Lebensmittelmarktes keine adäquaten Flächen anbieten. Aus unserer Sicht wäre auch der Bau eines Ärztehauses in zentraler Lage ein möglicher Baustein, um die ärztliche Versorgung auch in Zukunft sichern zu können. Die Gemeinde verfügt nicht über eigene Flächen, wir können und müssen aber die Rahmenbedingungen schaffen, damit Immobilienbesitzer und mögliche Investoren Bauvorhaben städtebaulich verträglich umsetzen können. Konzeptionslose Einzelfallentscheidungen - wie in der Vergangenheit - helfen uns dabei nicht weiter, wir brauchen ein umfassendes Konzept. Mit der Erstellung sind Rat und Verwaltung alleine überfordert. Hier benötigen wir die Unterstützung entsprechender Fachleute.

Daher beantragt das KommunalBündnis Recke:

Der Rat der Gemeinde Recke beauftragt ein Fachbüro mit der Erstellung eines städtebaulichen Konzeptes für den Recker Ortskern. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Angebote einzuholen.

Alternativ könnte die Gemeinde auch einen städtebaulichen Wettbewerb ausloben. Die Kosten für eine entsprechende Maßnahme sind in den Haushalt einzustellen. Zur Deckung der Kosten verzichtet die Gemeinde Recke auf die Erstellung eines Strukturgutachtens für die Feuerwehr.

Neben den bereits aufgezeigten Investitionsmaßnahmen enthält der Haushaltsansatz auch etwa 150.000 € für Instandhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen. Diese betreffen im Wesentlichen Maßnahmen im Bereich des Sportzentrums. Nachdem in den letzten Jahren vor allem Sanitäranlagen der Außensportanlagen saniert wurden, soll jetzt der Einstieg in die Aufwertung der Nassbereiche in der Sporthalle erfolgen. Bereits im Jahr 2010 haben wir den Sanierungsbedarf bei den Sanitärbereichen in der Dreifachsporthalle angesprochen. Seinerzeit sah die Verwaltung mit der Aussage: „Zwar nicht mehr modern, aber funktionsbereit“ dort noch keinen vorrangigen Handlungsbedarf. Wir begrüßen hier das Umdenken der Verwaltung und befürworten die sukzessive Erneuerung der Nassbereiche.

Ich möchte aber daran erinnern, dass mit den gleichen Argumenten beispielsweise die aus KBR-Sicht ebenfalls notwendigen Sanierungen der Toiletten an der Raphael-Grundschule sowie die Sanitärbereiche in der Turnhalle in Steinbeck abgelehnt wurden. Auch hier besteht also Handlungsbedarf. Dies gilt nach Aussage betroffener Eltern inzwischen auch für die Overberg-Grundschule. Diese Bedarfe sollte bei den Planungen für den Haushalt 2015 Berücksichtigung finden.

Auf unseren Antrag aus dem Jahr 2012 wurden Haushaltsmittel bereitgestellt, um in den Jahren 2012 und 2013 die **nötigsten** und längst überfälligen Instandhaltungsmaßnahmen an den Sportplatzumkleidekabinen in Steinbeck durchzuführen. In diesem Zusammenhang wurde dem Sportverein vom Bürgermeister sehr deutlich signalisiert, dass bei entsprechender Eigenleistung mit einem Gemeindegzuschuss für den Bau einer Überdachung zwischen den Kabinen zu rechnen sei.

Der Sportverein hat Wort gehalten. Ein Großteil der Maßnahmen wurde in ehrenamtlicher Eigenleistung von den Mitgliedern des Sportvereins umgesetzt. Dementsprechend sollte auch der Bürgermeister sein Wort halten, die Aussagen aus dem letzten Bauausschuss sind im Sinne einer verlässlichen, auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden und das Ehrenamt fördernden Politik inakzeptabel.

Daher beantragt das KommunalBündnis:

In den Haushalt für das Jahr 2014 ist ein Zuschuss in Höhe von 10.000 € für den Bau einer Überdachung an den Steinbecker Kabinen bereitzustellen.

Herr Kellermeier, zwar stimmen wir nicht in allen Punkten mit Ihren Ansätzen überein, teils halten wir andere Akzentsetzungen für nötig. Insgesamt liegt jedoch ein Entwurf vor, der die Anforderungen an eine nachhaltige Haushaltsführung erfüllt.

Damit komme ich zum Stellenplan. Der neue Stellenplan weist eine Stelle mehr aus als im vergangenen Jahr, die Personalausgaben steigen auf insgesamt ca. 3,3 Mio. €. Trotzdem stimmt das KommunalBündnis Recke dem Stellenplan zu.

Der neue Bericht der GPA lässt im Vergleich zum Bericht aus dem Jahr 2006 deutlich weniger Interpretationsspielraum. Er attestiert der Verwaltung eine sehr dünne Personaldecke.

Außerdem sehen wir die zusätzlichen Belastungen, die sich aus der Umsetzung der o. g. Projekte (Windkraftanlage, Stadtwerke) ergeben. Dazu kommen mögliche Personalveränderungen als Folge der im Koalitionsvertrag vereinbarten Reformen zum Renteneintrittsalter. Insofern ist die Aufstockung um eine Stelle aus unserer Sicht angemessen.

Bereits zu Beginn meiner Rede habe ich auf die bevorstehende Kommunalwahl verwiesen. Ein emotional besetztes Thema ist die mögliche Reaktivierung der Tecklenburger Nordbahn. Der KBR-Vorsitzende Ludger Schröer wurde im IVZ-Interview mit der Aussage konfrontiert, „Das KBR wäre den Bürgern eine Aussage zur Tecklenburger Nordbahn schuldig geblieben“.

Das KBR scheut sich nicht davor, auch in heiklen Fragen „klare Kante“ zu zeigen. Ich habe bereits in meiner letzten Haushaltsrede Worte gefunden, die an Deutlichkeit die Aussagen der anderen Ratsfraktionen weit übertroffen haben. Trotzdem wiederhole ich sie hier noch einmal:

Das KommunalBündnis begrüßt grundsätzlich die Reaktivierung der Bahnverbindung nach Osnabrück, bindet sie doch Recke an das überregionale Bahnnetz an. Die in den aktuellen Planungen nun vorgesehene Haltestelle in Espel kann vielleicht auch hier die Akzeptanz der Bahnlinie steigern.

Mit Blick auf die eher ungünstige Verkehrsanbindung unserer Gemeinde gewinnen wir mit diesem Bahnanschluss ein bedeutendes Infrastrukturelement, das dazu beitragen würde, die Attraktivität Reckes als Wohnstandort, aber auch für Gewerbebetriebe deutlich zu steigern.

Diese Chance sollten wir uns offen halten, eine Entscheidung kann aber erst fallen, wenn wichtige, bislang noch offene Fragen zur z. B. Finanzierung und zum Anwohnerschutz beantwortet sind.

Bedenken Sie bitte, dass die anstehende Entscheidung Auswirkungen nicht nur für die nächsten Jahre hat, sondern eine Weichenstellung für Generationen bedeutet. Denn angesichts weiter steigender Energiepreise und ungebremster CO₂-Emissionen wird der öffentliche Personennahverkehr weiter an Bedeutung zunehmen.

Zu diesen Aussagen aus dem Jahr 2013 stehen wir selbstverständlich auch heute.

Ich habe ebenfalls zu Beginn meiner Rede deutlich gemacht, dass ich nicht viel davon halte, eine Entscheidung über Haushaltsfragen mit wahltaktischen Überlegungen zu verknüpfen.

Daher bitte auch Sie Ratskolleginnen und Kollegen, nach sachlichen Gesichtspunkten zu entscheiden und unseren Anträgen zuzustimmen.

Am Ende meiner Rede möchte ich allen Bürgerinnen und Bürgern danken, die sich im vergangenen Jahr auf vielfältige ehrenamtliche Weise um das Gemeinwohl verdient gemacht haben, und sie dazu ermuntern, auch weiterhin aktiv zu bleiben. Ohne ehrenamtliches Engagement wäre Recke um einiges ärmer.

Ein weiterer Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Jürgen Visse, Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort